

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

Januar 2019

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

der 27. Januar 1945. Ein Datum, das auch heute noch in Gänze für das größte Menschheitsverbrechen der deutschen Geschichte steht. Es ist erst 74 Jahre – nicht einmal ein Menschenleben – her, dass das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz von der sowjetischen Armee befreit wurde. Bis dahin wurden bereits weit mehr als 1,1 Millionen Menschen allein in diesem einen Lager geradezu industriell getötet. Sie stammten aus nahezu allen europäischen Ländern. Mit der Befreiung von Auschwitz rückte auch das langersehnte Ende des menschenhassenden und -vernichtenden nationalsozialistischen Regimes näher.

Es zählt für mich heute zu den größten Wundern unserer Zeit, dass Deutschland nach diesen unbeschreiblichen Verbrechen vor gerade einmal 70 Jahren bereits nach so kurzer Zeit ein europäisch und international geschätzter Partner werden konnte. Die Welt war gut zu uns, obwohl viele unserer Ahnen der Welt ein unermessliches Leid zugefügt hatten – nicht abstrakt, sondern ganz konkretes unermessliches Leid in unzähligen Familien.

Es ist meine Vorstellung von zivilisatorischer Reife, dass wir in Deutschland das über die Welt gebrachte Leid nicht als Geschichte abtun, sondern die große Verantwortung, die in dieser – unserer – Geschichte liegt, tragen. Der 27. Januar 1945 ist und bleibt deutsche Identität!

Das heißt nicht, dass wir für die Taten der Vergangenheit verantwortlich sind, wir sind aber verantwortlich für die Lehren, die wir aus diesen Taten ziehen. Wir sind dafür verantwortlich, dass von Deutschland NIE wieder Menschenhass und Krieg ausgehen wird. Wir sind dem Frieden, dem friedlichen Miteinander der Völker zutiefst verpflichtet.



Auch deshalb ist das heutige Deutschland, das beste Deutschland, das es je gab. Dennoch gibt es Verbesserungsmöglichkeiten, woran wir auch in dieser Sitzungswoche im Deutschen Bundestag gearbeitet haben. Dazu in diesem Brief aus Berlin ein kurzer Überblick von mir.

Ich stelle Ihnen kurz den erzielten Kompromiss der sogenannten „Kohle-Kommission“ vor, berichte aus meinem Gespräch mit meinem griechischen Kollegen Koumoutsakos, gebe Ihnen außerdem eine kurze Zusammenfassung zur HighTech-Strategie der Bundesregierung und zur Aussicht auf die deutsche Wirtschaft 2019.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Einigung in „Kohle-Kommission“ • Vertreter der griechischen Nea Dimokratia in Berlin zu Gast • Deutsche Wirtschaft bleibt stabil • HighTech-Strategie 2025

„Kohle-Kommission“:

Einigung erzielt

Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat nach intensiven Beratungen einen Abschlussbericht zur Braunkohle vorgelegt. Das allerwichtigste Ergebnis der Beratungen ist der vollständige Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038. Bis 2022 sollen bereits die ersten Braunkohlekraftwerke im Umfang von drei Gigawatt sowie Steinkohlekraftwerke in Höhe von vier Gigawatt abgeschaltet werden. Bis 2030 sollen dann weitere sechs Gigawatt Braunkohle und sieben Gigawatt Steinkohle vom Netz genommen werden. Um den Wegfall der Kohleindustrie in den drei betroffenen Regionen in Deutschland zu kompensieren, hat die Kommission Strukturhilfen in Höhe von 40 Mrd. Euro in den kommenden 20 Jahren vorgeschlagen. Gleichzeitig müssen Energiekonzerne für das vorzeitige Abschalten von Kraftwerken selbstverständlich entschädigt werden.

Auch wenn es einigen Menschen nicht schnell genug gehen mag, es ist ein sehr ambitioniertes Ziel bis 2035 vollständig aus der Kohleverstromung auszustiegen. Zumal wir bereits den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen haben. Wir müssen daher sehr genau aufpassen, den Kohleausstieg ausgewogen zu gestalten. Strom muss für alle bezahlbar bleiben, die Stromsicherheit auch an windarmen, dunklen Wintertagen gewährleistet sein und den derzeit in der Kohleindustrie beschäftigten Menschen eine dauerhafte Lebensperspektive eröffnet werden. Klimaschutz ist zweifellos wichtig, aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht zu viel auf einmal wollen und die Menschen deshalb irgendwann ohne Strom

zu Hause sitzen. Für uns gilt es daher, Versorgungssicherheit, Grundlastfähigkeit der produzierten Energie, Ausbau der Stromnetze, Hilfe für betroffene Regionen und Klimaschutz in einen klugen Ausgleich zu bringen. Die Bundesregierung hat in den kommenden Wochen nun die Aufgabe den Abschlussbericht zu bewerten. ■

Gespräch:

Vertreter unserer griechischen Partnerpartei zu Gast in Berlin

Als Berichterstatter meiner Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss für Griechenland habe ich mich gefreut, den griechischen Schattenaußenminister der Nea Dimokratia, Herrn Koumoutsakos, in Berlin begrüßen zu dürfen.

In einer kleinen Runde hatten meine Kollegen Dr. Andreas Nick und Katja Leikert die Gelegenheit über die im zweiten Halbjahr anstehenden Parlamentswahlen in Griechenland zu sprechen. Derzeit führt die Nea Dimokratie die Umfragen mit zehn Prozent Vorsprung an.

Das wohl wichtigste Thema war jedoch die Einigung Griechenlands mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, nun „Nordmazedonien“, im langjährigen Namensstreit. Es war zugegebenermaßen ein Kunststück des griechischen Ministerpräsidenten Tsipras. Die Nea Dimokratia war gegen den erzielten Kompromiss, wird sich aber auch in Zukunft an bestehende internationale Verträge halten.



Darüber hinaus besprachen wir die griechisch-türkischen Beziehungen. Ich wünsche Herrn Koumoutsakos für die griechischen Parlamentswahlen und die Wahlen zum Europäischen Parlament alles Gute. Zudem danke ich der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Gesprächsvermittlung. ■

Bundesregierung/Sachverständigenrat:

Deutsche Wirtschaft bleibt stabil

Wir berieten im Plenum des Bundestages den von der Bundesregierung vorgestellten Jahreswirtschaftsbericht 2019. Das im Jahr 2019 erwartete Wachstum in Höhe von 1,0 Prozent der deutschen Wirtschaft geht vor allem auf die starke Binnenwirtschaft zurück, während die Außenwirtschaft wegen der global zunehmenden Unsicherheit (US-Schutzzölle, Handelskonflikt USA-China) weiter unter Druck gerät. Der deutsche Arbeitsmarkt befindet sich in einer stabilen Verfassung: Die Arbeitslosenquote von 5,2% ist auf dem niedrigsten Wert seit der Deutschen Einheit, während die Zahl der Erwerbstätigen einen neuen Rekordstand erreicht. Erfreulich ist auch, dass sich die öffentlichen Finanzen stabil entwickeln. Möglichkeiten für ein künftiges Wirtschaftswachstum sieht die Bundesregierung vor allem bei den Chancen, die sich mit der Digitalisierung und neuen Schlüsseltechnologien (z.B. der künstlichen Intelligenz) ergeben sowie in wachstumsfreundlichen und fairen steuerlichen Rahmenbedingungen.

Das vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgestellte Jahregutachten für 2019 erwartet ebenfalls ein moderates und positives Wachstum in Höhe von 1,5 Prozent sowie einen stabilen Arbeitsmarkt. Der Sachverständigenrat erwartet zudem vor allem infolge hoher Tarifabschlüsse kräftig steigende Löhne. Große Herausforderungen sieht er für unsere Volkswirtschaft auf internationaler Ebene aufgrund der

ungewissen Zukunft der multilateralen globalen Wirtschaftsordnung (WTO-Krise, Handelskonflikte, Brexit), auf nationaler Ebene unter anderem aufgrund des demografischen Wandels. ■

Bericht der Bundesregierung:

HighTech-Strategie 2025

Die High-Tech-Strategie bestimmt die grundsätzliche Ausrichtung der deutschen Forschungs- und Innovationspolitik. Mit der erneuerten High-Tech-Strategie greift die Bundesregierung die Schwerpunkte „Gesundheit und Pflege“, „Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energie“, „Mobilität“, „Stadt und Land“, „Sicherheit“ und „Wirtschaft und Arbeit 4.0“ als wichtige Zukunftsfragen auf. Im Rahmen dieser Ausrichtung sieht die Strategie auch Investitionen in die Aus- und Weiterbildung sowie in die Innovationsförderung vor. Sie soll auf diese Weise dazu beitragen, die Menschen auf die bevorstehenden Veränderungen durch den technologischen Wandel vorzubereiten. Allein im Jahre 2018 hat die Bundesregierung über die High-Tech-Strategie 15 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung investiert. Die High-Tech-Strategie ist ein wichtiger Beitrag des Staates, damit unsere Produkte und Dienstleistungen auch zukünftig zur Weltspitze gehören. ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
 Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
 Tel 030/227-75549
markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de